

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Christian Wipperfürth: Russland profitiert von Irankrise**
- **Ray McGovern: Vorwände für einen Angriff auf den Iran**
- **Gregory Shupak: Im Scheinwerferlicht der Medien bedrohen die USA den Iran nicht, ...**
- **Amir Mortasawi: Kein Krieg gegen den Iran!**
- **Willy Wimmer: 75 Jahre D-Day und 100 Jahre Versailles – ...**
- **Wolfgang Bittner: Versailler Vertrag, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg**
- **Jens Loewe: Europa ist ein Friedensprojekt – und die Erde ist eine Scheibe, ...**
- **Hermann Ploppa: Geliftete Jugend und alte Schinken für Straßburg**
- **Karl-Heinz Dammer/ Rahel Hünig/ Anne Kirschner: "Time for change? –Teil II: Im Hamsterrad"**
- **Bürgerrat Demokratie**
- **SWR2 Forum: Angst vor Trisomie 21 - Sollen Krankenkassen vorgeburtliche Bluttests bezahlen?**
- **Heinz Schwirten, Werner Voss: Späte Chancen**

Zitat des Monats von [Richard Karl Freiherr von Weizsäcker](#):

**Abrüstung ist wichtig.
Aber die Geschichte lehrt,
dass zumeist nicht Abrüstung zum Frieden führt,
sondern friedliche Zusammenarbeit
zu geringerem Misstrauen, zu weniger Angst, zur Abrüstung.**

Editorial

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Auseinandersetzung um den **Iran**. Christian Wipperfürth stellt die verschiedenen Ziele dar, die der Iran, Russland und Syrien jeweils verfolgen, und wie sie sich dabei aufeinander beziehen. Ray McGovern beschreibt die Interessen der USA und ihres Verbündeten Israel und stellt deutlich die Propaganda dar, mit der der Konfrontationskurs von dieser Seite flankiert wird. Gregory Shupak sieht eher geringe Chancen, dass die US-Bürger gegen diese Propaganda ausreichend gewappnet sind. Amir Mortasawi gibt uns die Möglichkeit, den Appell "Kein Krieg gegen den Iran!" mit zu unterzeichnen.

Willy Wimmer nimmt den **75. Jahrestag des D-Day** zum Anlass, an die aktuellen und schon seit über 20 Jahren andauernden Verletzungen des Völkerrechts durch die NATO zu erinnern. Auch der Jahrestag der Unterzeichnung des **Versailler Vertrags** wird von ihm erwähnt; hierzu legt Wolfgang Bittner sehr genau die Hintergründe und Interessen dar, die zu diesem Vertrag führten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Europäische Union (EU)**, die im Rahmen der kürzlichen Parlamentswahlen die Schlagzeilen bestimmt hat. Jens Loewe belegt ausführlich und kenntnisreich, dass die EU kein Friedensprojekt ist, es nie war und durch ihre Aktivitäten systematisch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Demokratien zerstört. Hermann Ploppa unterstreicht dies mit einem eher polemischen Beitrag über den Widerspruch zwischen der EU-Propaganda und der Realität des EU-Parlaments.

Sehr ermutigend war die Veranstaltung "Time for Change?" in der Universität Wuppertal im Mai, bei der einige hundert Teilnehmer fundierte Vorträge von Theoretikern und Praktikern über die systematischen Fehlentwicklungen in der **Bildungspolitik**, aber auch positive Beiträge darüber hören konnten, wie Bildung und Lernen tatsächlich gestaltet werden können.

Einen Versuch zu einer besseren demokratischen Praxis zeigt das Konzept, über **Bürgerräte** die Politiker näher an die politischen Ziele zu binden, die den Bürgern wichtig sind.

Grundsätzlich ist **jeder Mensch gleich wertvoll**, auch wenn er behindert oder alt und schwach ist. Deshalb dokumentieren wir verschiedene Beiträge im Zusammenhang mit der im Bundestag diskutierten Debatte über die pränatale Diagnostik. Und wir verweisen auf einen bewegenden Beitrag von zwei Menschen, die sich im Bereich der Altenpflege engagieren und ihre positiven Erlebnisse schildern.

[Inhalt](#) ↑

- Christian Wipperfürth: **Russland profitiert von Irankrise**

Russland besitzt als einziges Land tragfähige bis ausgezeichnete Beziehungen zu allen Akteuren des Nahen und Mittleren Ostens. Präsidenten, Scheichs und Minister geben sich in Moskau fast die Klinke in die Hand. Washington hingegen ist mit seiner Iran-Politik international isoliert. Falls ein Land in der Lage sein könnte, in Krisen zu vermitteln, so wäre es Russland. Es genießt Respekt, gilt als berechenbar, handlungsfähig und grundsätzlich kooperationswillig, ob in Israel, Saudi-Arabien oder dem Iran. Dabei ist die Kooperation zwischen Moskau und Teheran vor allem in Zentralasien gut sichtbar. So ist es ihnen gelungen, den tadschikischen Bürgerkrieg zu befrieden.

In Syrien wollen beide einen "Regime Change" in Damaskus verhindern – einerseits, weil sie selbst Ziel eines solchen Vorhabens werden könnten, und andererseits, weil sie prinzipiell eine Einmischung in innere Angelegenheiten ablehnen, Verhandlungslösungen bevorzugen, ein Eingreifen nur durch Beschluss des UN-Sicherheitsrats für zulässig halten und ihre eigenen Interessen wahren wollen.

Dabei geht es nicht um Syriens Präsidenten Assad, der, bevor er sich an Moskau wandte, jahrelang mit Paris kommunizierte, ohne dass eine Lösung sichtbar wurde. Auch Russlands Präsident Putin hat es schwer, Assad vom Taktieren abzuhalten, worin dieser von Teheran unterstützt wird.

Der Iran will nach Einschätzung von Christian Wipperfürth eher keine Verhandlungslösung, sondern mit Blick auf Israel in Syrien präsent bleiben. Putin aber will die Sicherheit Israels nicht in Gefahr bringen. Also ringen Moskau wie Teheran um Gefolgsleute in Syrien, die zueinander in Konflikt stehen. [Aber der Druck der USA erhöht die Bedeutung Moskaus](#), wodurch Teheran Moskau entgegenkommen muss. Auch Washington ist angesichts von Russlands Rolle im Nahen und Mittleren Osten dabei, stärker mit Russland zu kooperieren.

[Christian Wipperfürth](#) hat Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie studiert, im EU-Parlament und Bundestag gearbeitet, über die britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg promoviert, sich an der Uni St. Petersburg mit russischer Außenpolitik und deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt und publiziert heute zu Fragen aktueller russischer Außenpolitik, deutsch/europäisch-russischen Energiebeziehungen und russisch-chinesischen Beziehungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Ray McGovern: **Vorwände für einen Angriff auf den Iran**

Die Inszenierung eines Krieges gegen den Iran findet mit den gleichen Hauptdarstellern wie die Inszenierung des Krieges gegen den Irak statt. Dem Drehbuch für den Irak-Krieg folgend, berufen sich Bolton und Pompeo erneut auf zweifelhafte Erkenntnisse des israelischen Geheimdienstes, um diesmal einen Überfall auf den Iran zu rechtfertigen.

Unklar bleibt, warum es Trump zulässt, dass Bolton und Pompeo die gleichen fadenscheinigen Anschuldigungen gegen den Iran wie vorher gegen den Irak erheben. Denn eine aktuelle iranische Unterstützung des Terrorismus ist nicht zu belegen. Die Entwicklung von Atomwaffen hat der Iran aufgegeben.

Für den CIA-Veteranen Ray McGovern ist die [Nahostpolitik der USA nur verständlich, wenn man die Rolle Israels versteht](#), das sich umso sicherer fühlt, je länger sich Sunniten und Schiiten in der Nahost-Region bekämpfen. Über den Druck der Israel-Lobby in den USA wird für ein Mitspielen der US-Regierung gesorgt. Besonders problematisch ist, dass es zwischen den USA und dem Iran keine offiziellen Gespräche mehr gibt und damit die Gefahr von Missverständnissen und Eskalationen über haltlose Anschuldigungen sehr groß ist.

In den kühleren Köpfen bei den US-Streitkräften sieht der Analyst McGovern eher eine schwache Hoffnung. In dem Wissen der US-Elite um das veränderte strategische Verhältnis der USA zu Russland und China liegt demnach die größere Hoffnung, die Kriegsmaschinerie noch zu stoppen.

Der Artikel ist eher prinzipieller Art und betrachtet die Ereignisse nach Mitte Mai 2019 nicht. (Red.)

Ray McGovern, Jg. 1939, war [als Offizier der CIA unter sieben US-Präsidenten](#) insgesamt über 27 Jahre lang für die morgendliche Berichterstattung im Weißen Haus zuständig; [gründete 2003](#) mit anderen CIA-Analysten das Komitee der 'Veteran Intelligence Professionals for Sanity' (VIPs). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gregory Shupak: **Im Scheinwerferlicht der Medien bedrohen die USA den Iran nicht, ...**

Die US-Konzernmedien ignorieren die [lange Liste von Drohungen und feindlichen Aktionen der USA gegen den Iran](#) und machen Teheran zum Aggressor in seinem Konflikt mit den USA. Die Medien lassen so die US-Eskalationen gegen den Iran notwendig und gerechtfertigt erscheinen und verringern die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine ausreichende Anzahl von US-Bürgern mobilisieren wird, um den potenziellen und tatsächlichen Schaden zu stoppen, der in ihrem Namen angerichtet wird.

[Gregory Shupak](#) lehrt Medienwissenschaft an der University of Guelph in Toronto. Er schreibt regelmäßig Analysen zu Politik und Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Amir Mortasawi: **Kein Krieg gegen den Iran!**

Der Appell "[Kein Krieg gegen den Iran!](#)" ruft uns Deutsche und die Bundesregierung "mit Nachdruck dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den drohenden Krieg [gegen den Iran] zu verhindern".

[Amir Mortasawi](#) (alias Afsane Bahar) ist Facharzt für Herzchirurgie, arbeitet als fachgebundener Psychotherapeut und in der suchtmmedizinischen Grundversorgung; staatlich geprüfter Übersetzer (Persisch). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Willy Wimmer: **75 Jahre D-Day und 100 Jahre Versailles – ...**

Anlässlich des D-Day erinnert Willy Wimmer daran, dass wegen des Zweiten Weltkriegs der [Krieg mit der UN-Charta geächtet](#) werden sollte, indem der Griff zu den Waffen streng begrenzt und letztlich an die Zustimmung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gekoppelt wurde. Diese Versprechen wurden 1990 in der Charta von Paris erneut bekräftigt, aber 1999 von der US-geführten NATO mit dem Krieg gegen Jugoslawien gebrochen. Und heute werden deutsche und alliierte Panzer gegen jede Vereinbarung an Russlands Westgrenze in Stellung gebracht.

[Willy Wimmer](#), Jg. 1943, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Insbesondere die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage in Europa und dem Nahen Osten und die dahinter stehenden Akteure treiben Wimmer um. Seit seinem Rückzug aus dem Bundestag 2009 [publizierte er die Bücher](#) "Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Wolfgang Effenberger), "Die Akte Moskau" (2016) und "Deutschland im Umbruch" (2018). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Bittner: **Versailler Vertrag, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg**

Als Verlierer des Ersten Weltkriegs wurde Deutschland durch den '[Versailler Vertrag](#)' mit [Reparationen in immenser Höhe](#) belastet. Zuerst waren es 20 Mrd. Goldmark (damals ca. 7'000 Tonnen Gold), eine spätere Forderung belief sich auf 269 Mrd. Goldmark, die in 42 Jahresraten ausgezahlt werden sollten. Ein Teil sollte in Sachleistungen erbracht werden. Außerdem verlor Deutschland die Kolonien, musste 90% der Handelsflotte übergeben sowie 12% der jährlichen Ausfuhren abtreten. Als das 'Deutsche Reich' mit den Reparationszahlungen in Rückstand geriet, besetzten Anfang 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet.

Durch von Polen initiierte Aufstände erhielt Polen 1922 einen wirtschaftlich bedeutenden Teil des oberschlesischen Industriegebiets, darunter die großen Industriestandorte Kattowitz, Königshütte und Ruda. Durch diese Demütigung wurde der Aufstieg der Nationalsozialisten

begünstigt, der von interessierten US-Kreisen gefördert und finanziert wurde. Hitler sollte die Destabilisierung Deutschlands betreiben und in einen Krieg gegen das bolschewistische Russland manövriert werden. Ein Hauptanliegen war, Deutschland und Russland niederzuhalten und nicht zusammenkommen zu lassen.

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jens Loewe: **Europa ist ein Friedensprojekt – und die Erde ist eine Scheibe, ...**

Im Wahlkampf fürs EU-Parlament versuchten die meisten Parteien die EU („Europa“) als dringendes Zukunftsprojekt und souveräne Staaten als böse darzustellen. Jens Loewe hat eine [Analyse zu dem angeblichen Friedensprojekt "Europa"](#) gemacht. Demnach setzt die EU in perfekter Weise neoliberale Politik unter massivem Lobbyeinfluss und einer riesigen Bürokratie um. Dazu hat sie bis heute über 130'000 Verordnungen, Richtlinien und Gesetze produziert, die z.T. sinnlos sind.

Sie treibt die Vergesellschaftung von Schulden aus Spekulation, Zockerei und falschem Wirtschaften voran. Die EU steht mit ihrem neoliberalen Programm einer längst überfälligen Steuergerechtigkeit im Wege. Dem Lobbyeinfluss in der EU verdanken wir die Beseitigung von Regeln, Regulierungen, Handelshemmnissen und demokratischer Kontrolle, so dass genveränderte Produkte und Pestizide eingesetzt werden dürfen. Die EU lässt sich durch Mitarbeiter des Finanzunternehmens Goldman-Sachs kontrollieren und ermöglicht dem Unternehmen durch enormes Insiderwissen fette Geschäfte in den EU-Mitgliedsstaaten. Bei ihren Handelsabkommen geht es der EU um die weltweite Durchsetzung von Wirtschafts- und Konzerninteressen. Umweltschutz, soziale Errungenschaften, Gerechtigkeit, Demokratie und der Bürgerwille sind dabei nachrangig und haben sich den Wirtschaftsinteressen unterzuordnen.

Durch den Einfluss der Agrarindustrie kommt es zur Ausrichtung auf möglichst große Flächen, möglichst niedrige Umweltstandards und dadurch möglichst hohe Profite. Ein wirklich vernünftiger Umweltschutz ist dadurch und insbesondere durch die Enteignung demokratischer Entscheidungsbefugnisse mit der EU nicht machbar.

Angesichts der Verpflichtung an US- bzw. an NATO-Kriegen teilzunehmen, angesichts der NATO-Angriffskriege seit 1945, angesichts des Rüstungsexports, angesichts der hohen Rüstungsausgaben, angesichts des erklärten Willens militärische Mittel für die weltpolitische Rolle der EU einzusetzen, angesichts der geplanten Militarisierung der EU, angesichts der Modernisierung der Atomwaffen und der Kündigung des INF-Vertrags, angesichts des Einsatzes von völkermordenden Waffen wie Uranmunition, angesichts der weltweiten Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten sowie angesichts der Missachtung der UN-Charta, des Rom-Statuts, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des deutschen Grundgesetzes ist die Behauptung, die EU sei ein Friedensprojekt, nicht haltbar.

Auch das in vielen Rechtsquellen verankerte Recht auf Selbstbestimmung wird von der EU unterlaufen, indem sie die Eigenstaatlichkeit und kulturellen Eigenschaften der Mitgliedstaaten zu liquidieren trachtet. Jens Loewe zieht das Resümee: „Die EU ist nicht Europa, die EU ist die Basis für weitere Kriege und das Bestattungsunternehmen für Europa und für Demokratie und Selbstbestimmung.“

[Jens Loewe](#), Jg. 1958, studierte Grafik und Kommunikationsdesign, engagiert sich für ökologische und soziale Projekte in verschiedenen Ländern, für Rekommunalisierung von Wasser- und Energieversorgung und Volksabstimmung auf Bundesebene. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hermann Ploppa: **Geliftete Jugend und alte Schinken für Straßburg**

Nach den Wahlen zum EU-Parlament kommentiert Hermann Ploppa dieses medial ganz hoch gehängte Ereignis. Er erinnert in erfrischend spöttischer Art daran, dass es bei der "Schicksalswahl" eigentlich um gar nichts ging: Denn [dieses Parlament hat keine nennenswerten Rechte](#), außer einen EU-Kommissionspräsidenten abzulehnen. Gesetze auf den Weg zu bringen, steht diesem Parlament jedenfalls nicht zu.

Er erinnert daran, dass die teuren EU-Institutionen nach dem 2. Weltkrieg unter Federführung des CIA gegründet wurden, um eine demokratisch nicht legitimierte Zentralstelle zu schaffen und mit demokratisch wirkenden Kleidern auszustatten, die die zunehmend kriegstreibende Politik des Westens den Bürgern schmackhaft machen soll. Der Erfolg der Grünen eignet sich gut, diese Aggressivität zu "legitimieren".

Ploppa ruft dazu auf, die Gesellschaft von unten her rund zu erneuern. Dafür müssen die Bürger sich zusammenschließen und ihre Vereinzelung aufgeben.

Hermann Ploppa, Jg. 1953, Politologe und Publizist; zahlreiche Artikel und Bücher über die Eliten, Think Tanks, Stiftungen und Autoren in den USA; produzierte auch Hörfunk-Features über Sri Lanka und Burma. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karl-Heinz Dammer/ Rahel Hünig/ Anne Kirschner: **"Time for change? –Teil II: Im Hamsterrad"**

Die [zweite GBW-Tagung zum Thema "Time for change?"](#) fand am 04.05. unter dem Motto "Im Hamsterrad" in der Uni Wuppertal statt. Silja Graupe legte dar, wie die Überlastung der Lehrpersonen als Machtinstrument missbraucht wird. Dieser Manipulation mittels Dauerstress könne aber durch Selbstreflektion widerstanden werden. Claudia Schmidt-Krämer stellte dar, dass auch im Hamsterrad engagierter, bildender Unterricht möglich ist, wenn man den Jugendlichen Leistung zutraut und Mühe abverlangt. Dies mit dem Erfolg, dass diese den Bildungsbegriff von Humboldt gegenüber dem Kompetenzenkonzept explizit bevorzugen.

Matthias Burchardt betonte, dass die durch Mündigkeit mögliche Freiheit notwendige Voraussetzung für die Wahrnehmung pädagogischer Verantwortung ist. Burchardt stellte dar, wie die zur Wahrnehmung der Freiheit notwendigen Voraussetzungen in den heutigen Schulen zerstört werden. Carl Bossard zeigte unter Rückgriff auf seinen reichen Erfahrungsschatz, dass man den Technologien des "Change-Managements" keineswegs hilflos ausgesetzt ist. Die verantwortungsvolle Wahrnehmung der Freiheit bedürfe allerdings auch der Ordnung, für die ein Schulleiter schon mal eine "subversive Unterlassung" praktizieren müsse.

Karl-Heinz Dammer machte die methodischen Instrumente der Schulinspektion mit ihren isolierten Bewertungskriterien zum Thema, die die Qualität des komplexen Unterrichtsgeschehens gar nicht erfassen können. Primär dient die Inspektion dazu, eine bestimmte Norm und Verfahrenslogik durchzusetzen, was aber mangels gehaltvoller Rückmeldung über den Unterricht nicht gelingt. Die Bedeutung einzelner Menschen für die Entwicklung einer Schule demonstrierte Michael Rudolph, der eine sog. Brennpunktschule zu einer Schule machte, die mehr Anmeldungen als Plätze hat. Rudolph plädierte für die Konzentration auf das pädagogische Kerngeschäft, für die Vermittlung von "gründlichem Wissen und Können" und für das Leistungsprinzip in der Schule.

Volker Ladenthin zeigte, welche Wirkungen "Governance" an der Universität hat, der dann für die universitäre Lehrerbildung Lernzielkataloge durch größtenteils Nicht-Pädagogen vorgegeben werden, statt dass die Universität diese durch wissenschaftliche Erforschung der pädagogischen Wirklichkeit selbst erarbeite.

[Inhalt](#) ↑

• Bürgerrat Demokratie

Der Verein 'Mehr Demokratie e.V.' plant mit anderen Organisationen zusammen einen '[Bürgerrat Demokratie](#)', um die Bürger wieder mehr [zur Teilnahme am politischen Geschehen zu bewegen](#).

In einer ersten Phase sollen [bis Mitte Juli 2019 Regionalkonferenzen](#) stattfinden, aus denen dann in einer zweiten Phase ein Rat aus zufällig ausgewählten Bürgern entsteht, der ein "Bürgergutachten" erarbeitet. Dieses soll bei einer Großveranstaltung (dritte Phase) vorgestellt und den verantwortlichen Politikern übergeben werden, die es dann (vierte Phase) unter Beteiligung durch die Bürger umsetzen sollen.

Die Idee zu diesem Vorgehen stammt aus Irland, wo auf diesem Weg bereits 2012 eine Verfassungsreform umgesetzt wurde. Auch diese Erfahrungen sind im Beitrag [verlinkt](#).

[Inhalt](#) ↑

• SWR2 Forum: **Angst vor Trisomie 21 - Sollen Krankenkassen vorgeburtliche Bluttests bezahlen?**

Im Spätsommer wird entschieden, ob die bisher privat aufzubringenden Kosten (mind. 130 Euro) für vorgeburtliche Bluttests auf Trisomie-21 (Down-Syndrom) von den Krankenkassen übernommen werden sollen. Dazu hat der 'Gemeinsame Bundesausschuss' von Ärzten, Kliniken und Krankenkassen als höchstes Beschlussgremium ein [Prüfverfahren eröffnet](#). *(Der ursprünglich hier geplante SWR-Beitrag vom 07.04.2019 ist leider nicht mehr verfügbar. Red.)*

Zu dem Thema "[Angst vor Trisomie 21](#) - ... ?" diskutierten im SWR2-Forum der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Prof. Dr. Peter Dabrock, die pro-familia-Ärztin Dr. Marion Janke und die Mutter eines Kindes mit Downsyndrom Dr. Amelie Mahlstedt (Video/Audio, 0h44). Dabei gehen sie insbesondere folgenden Fragen nach: Warum ist die Angst vor einem Kind mit Down-Syndrom so groß? Welche Form der Unterstützung bei ihrer Entscheidung benötigen werdende Eltern? Muss die Gesellschaft ihre Vorstellungen von Norm und Abweichung überdenken?

Der Medizinethiker Giovanni Maio äußert sich im Interview prinzipiell zur Pränatal-Diagnostik ([Video](#), 0h39). Mit der PND darf nicht der Erwartungsdruck auf Abtreibung verbunden sein, was derzeit nicht gegeben ist. Auch der Trisomie-Test unterliegt dem Druck, ein "vermeidbares Übel aus dem Wege zu schaffen". Wird ein Test zur Selbstverständlichkeit, wird diese Erwartung geschürt. Auch ein Mensch mit einer Behinderung, die durch einen Gen-Befund prognostiziert wird, kann ein Leben mit viel Freude und Liebe vor sich haben. Es ist wichtig, den Frauen mit solchen Diagnosen zu helfen – nicht nur rational. Auch behinderte Kinder haben ein Lebensrecht, zumal wir nicht genau voraussagen können, wie ausgeprägt die Behinderung sein wird. Auch behinderte Kinder sind liebenswert. Der heute herrschende ökonomische Druck verhindert Menschlichkeit, indem es Behinderung als etwas nicht Perfektes abstempelt. So kommt es, dass 92% der mit Trisomie-Diagnose versehenen Föten abgetrieben werden, obwohl gleichzeitig in unserer Gesellschaft permanent von Inklusion gesprochen wird. Abtreibung ist nach Maio keine Bagatelle, keine Patentlösung.

Die Medizin-Ethikerin Susanne Michl sieht in der Debatte um den Bluttest die wichtigste Frage darin, wie die Anwendungspraxis eines solchen Test gestaltet und reguliert wird. Es sei z.B. [wichtig, dass ein Beratungsangebot bereits vor dem Testverfahren besteht](#). "Den werdenden Eltern muss klar sein, dass die pränatalen Untersuchungen der erste Schritt zu Entscheidungen sein können, die auch für sie schwer und belastend sind."

Bei der [Bundestagsdebatte am 11.04.2019](#) über vorgeburtliche Bluttests zur Feststellung von Trisomien ging es weniger um die Frage der Kassenleistung sondern vielmehr um emotionale, zum Teil sehr persönliche Geschichten (inkl. Video über alle Redebeiträge, 2h03).

[Inhalt](#) ↑

- Heinz Schwirten, Werner Voss: **Späte Chancen**

Die beiden Autoren, engagierte und professionelle Helfer vor allem im Bereich Altenpflege, berichten von ihren dortigen Erfahrungen. Sie sehen im alten Menschen nicht nur einseitig den, der Hilfe braucht und vieles nicht mehr kann, sondern vielmehr jemanden, der [im Austausch mit Jüngeren Lebenserfahrung weitergeben](#) kann – und der, auch wenn er stark hilfsbedürftig wird, Freude bereiten kann, und der auflebt, wenn man mit ihm angemessen und phantasievoll in Beziehung tritt. Die Autoren berichten eindrucksvoll von diesen Erlebnissen.

Wir sehen darin ein schönes Beispiel, welches ein Gegengewicht zur Ökonomisierung der menschlichen Beziehungen und zur Propaganda für unterstützten Suizid setzt. (Red.)

Die Autoren werden am Ende des Artikels näher vorgestellt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑